

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 5

Artikel: Polen : dissidente Stimmen von Partei und Staat
Autor: Surdykowski, Jerzy / Szczepanski, Jan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094424>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen: Dissidente Stimmen von Partei und Staat

In Polen gibt es nicht nur die Konfrontation zwischen Oben und Unten, zwischen Partei- und Staatsführung einerseits und Gewerkschaften, Bauern und Studenten andererseits. Vielmehr gibt es auch Konfrontationen, mindestens aber erhebliche Divergenzen innerhalb von Partei und Staat. Diese auch öffentlich einsichtigen Diskussionen unter Genossen und Experten erinnern trotz der sonst völlig andersartigen Szenerie sehr stark an die ersten Monate des Prager Frühlings von 1968. Wir wollen heute mit einigen Beispielen auf diese «zweite Front» hinweisen.

Jerzy Surdykowski

«Wer nicht gegen uns ist, ist für uns»

«Zycie Literackie», Krakau, 21. 12. 1980

Als Titel seines Beitrags hat Surdykowski den berühmten Slogan gewählt, mit dem Janos Kadar 1963 in Ungarn die Liberalisierung einführte. Surdykowski ist Parteimitglied und (neuerdings) Vizepräsident des Polnischen Journalistenverbandes. Sein Text wendet sich dagegen, dass man Andersdenkende (wie z. B. KOR-Leute) als Feinde einstuft. Ein paar Auszüge. Zwischentitel vom Autor.

Die Fiktion der Einmütigkeit zerbarst im August. Bis dahin durfte es nur eine Linie, eine Stimme, eine Gewerkschaft, eine vorbestimmte Meinung und einen einzig möglichen Wahlausgang geben. Kein Wunder demnach, dass auch die Literatur als einmütig zu gelten hatte. Was immer der Formel offizieller Einheit zuwiderlief, war feindlich oder wenigstens fremd. Wer nicht mit «uns» war, der war gegen «uns».

(...)

Nun hat es sich erwiesen: Das Leben ist stärker und die Realität vielfältiger als die These — das anerkannte Dogma so vieler Jahre —, wonach es im Sozialismus nur eine Einheitsgewerkschaft geben kann. Heute gibt es neue Gewerkschaften, und niemand widersetzt sich ernstlich dieser Realität. Und doch verfallen offizielle Leute noch in Panik, wenn sie sich der Tatsache bewusst werden, dass die Polen unterschiedlich denken und handeln. (...)

Was denn? Schreibe ich da gar über jene, welche die Restauration des Kapitalismus in Polen verlangen? (...)

Nun, die Zahl der Leute, die für eine Restauration des Kapitalismus sind, entspricht wahrscheinlich der Zahl der Aktivisten für die Monarchie und ist von ähnlicher gesellschaftlicher

Relevanz. Wo sollte man eigentlich diese Kapitalisten hernehmen, und woher das Kapital? Wer würde das Stahlwerk von Katowice kaufen oder auch nur pachten?

(...)

Was aber die Definition des Sozialismus angeht, ja schon bloss seiner äusseren Grenzen: Darüber wird ein altgedienter Genosse eine andere Meinung haben als ein junger Pragmatiker, ein Lech Walesa eine andere als ein Universitätsgelehrter, diese Zeitung eine andere als jene. Eines freilich wissen wir ganz bestimmt: Die hiesige verdrehte Fassung des Sozialismus, diese bürokratische Abart, mit der wir schon einige Vergangenheiten lang unter nicht gar so verschiedenen Tarnungen zu tun hatten, die ist unannehmbar.

(...)

Beim polnischen Pluralismus 1980 geht es nicht um das Ziel, sondern um Wege und Mittel, nicht um Prinzipien, sondern um Methoden. Er spielt sich im Rahmen einer übergeordneten und nicht in Frage gestellten Einheit ab. (...)

Ich brauche das Wort «Pluralismus» absichtlich; wir sollten keine Angst davor haben; es setzt ja nicht die Schaffung bourgeoiser politischer Parteien voraus, für die es im heutigen Polen ja auch nicht so viel an Grundlage geben würde.

(...) Aufhören müsste man ferner mit der Angst vor dem Wort «Revisionismus»; schliesslich bedarf der heutige Zustand einer Revision, wenn die Zukunft besser werden soll, und zwar nicht nur bezüglich Produktionstonnen und Zuwachsraten. (...) Der Fortschritt fängt immer mit einer Revision (...) an.

Der Feind des Sozialismus: Wer ist das?

Vor den Grenzen der Region, die wir nunmehr betreten haben, trifft man gewöhnlich auf die Warnung vor den «Feinden des Sozialismus». (...) Wer sind die Feinde, und wo kann man sie finden?

(... Es gebe natürlich echte Feinde des Sozialismus, aber wieso man denn ihren Einfluss so fürchten müsse, da sie doch keine gesellschaftliche Basis hätten? Die Konföderation Unabhängiges Polen/KPN — siehe dazu und zu KSS/KOR ZB Nr. 2/1981 — sei tatsächlich antisozialistisch, doch ihre Maximalerwartung sei eine Kaffeehaus-Sensation.)

Wann immer man von den Feinden spricht, nennt man auch das KSS «KOR». Aber da wird die Sache schon schwieriger; man sollte nicht so rasch sein mit der Etikettierung. Ich habe kein Dokument oder Programm dieser Gruppe gefunden, worin von machtpolitischen Zielen, von Systemwechsel oder vom Sturz des Sozialismus die Rede gewesen wäre.

Diese Gruppe und andere kleine Gruppierungen der sogenannten demokratischen Opposition haben verschiedene gesellschaftliche Ziele. Hauptziel ist die Verteidigung der Menschenrechte, die ihrer Meinung nach in Polen nicht durchwegs geachtet werden.

(...)

Da stellen sich einige ernste Fragen. Ist eine spontane Vereinigung zur Verwirklichung bestimmter gesellschaftlicher Anliegen, zum Beispiel zur Verteidigung der Menschenrechte, denn eine antisozialistische Aktivität? Oder liegt sie nicht vielmehr im wohlverstandenen Interesse des Sozialismus? (...)

Wenn man Arbeiter und Streikführer von 1970 und 1976 gegen administrative Schikanen und Entlassungen verteidigt, wenn man ihnen mate-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Jan Szczepanski

Generationenweise Entfremdung vom System

«Polityka», Warschau, 3. 1. 1981

Originaltitel: «Auf der Suche nach einem vernünftigen Ausweg.» Die «Polityka» ist die führende Wochenzeitung der Partei. Professor Jan Szczepanski, ein auch international bekannter Soziologe, ist nicht PVAP-Mitglied, gehört aber als Vertreter der Parteilosen dem Staatsrat an. Einige wenige Stellen aus seiner umfangreichen Untersuchung.

Man kann diese Kette der Ereignisse (1948, 1956, 1968, 1970, 1976 und 1980) in ihrer wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Komplexität untersuchen, aber ich glaube, dass es auch demographische und soziologische Grundfaktoren gibt. Volkspolen besteht seit 36 Jahren, und in dieser Zeit sind neue Generationen in das gesellschaftliche (. . . usw.) Leben eingetreten.

Das wichtigste Anliegen bestand meiner Meinung nach darin, die jeweilige Jugend in Verbundenheit mit dem System zu erziehen und heranzubilden. Das ist missglückt.

Eine Generation um die andere wandte sich enttäuscht vom System in seiner bestehenden Form ab. Ein Symbol dafür ist die Tatsache, dass sowohl die politische Emigration als auch die innere Opposition von Leuten gekennzeichnet wird, die als Studenten «die Hoffnung der Partei» gewesen waren. (. . .)

Die Zahl der Personen, die das System nach dem Krieg akzeptiert haben und seither innerhalb seines Rahmens zur nationalen Entwicklung beizutragen suchen, nimmt notgedrungen laufend ab. Bei den folgenden Generationen, die ins aktive Leben getreten sind, hat es immer weniger Leute gegeben, die bereit waren, das Sy-

stem aktiv zu unterstützen. Die gescheiterten Erneuerungsversuche von 1956 und 1971 liessen Zweifel an der Verbesserungsfähigkeit des Systems aufkommen. (. . .)

Diverse ZK-Stimmen

Radio Warschau, 3., 4. und 5. 2. 1981

Mit der Vorbereitung des Parteikongresses befasst sich eine spezielle Zentralkomitee-Kommission. Sie hielt am 2. Februar eine Sitzung in Warschau ab. Kania präsierte, und Stefan Olszowski, einer der Scharfmacher im Politbüro, hielt das Hauptreferat. Aber die Debatte zeigte dann, dass sich die Mitglieder keineswegs an den vorgeschriebenen Stil hielten.

Ein nicht identifizierter Diskussionsteilnehmer, der die «nicht mehr zeitgemässen politischen Institutionen» als «eine der Ursachen unserer vielen Krisen» sah, führte aus: «Die Hauptströmung der gegenwärtigen Krise ist nicht, wie es in den Thesen (von Olszowski im Entwurf als Leitsätze zum Kongress präsentiert) behauptet worden ist, irgendeine ‚offene aktive Opposition‘, sondern vielmehr eine massive Arbeiterbewegung gegen die Deviationen, die uns vom Sozialismus wegführen.»

Von «Staatsräson» wird in Polen jeweils gesprochen, wenn man den Zwang zur Rücksichtnahme auf die Sowjetunion meint. Darauf nahm Zdislaw Grzelak (vom Parteikomitee der Wojewodschaft Lodz) in seinem Votum Bezug: «Zur Verteidigung des Sozialismus tendieren wir heutzutage darauf, die Raison d'état als das öffentliche Argument vorzuführen, das noch am ehesten zu akzeptieren ist. (. . .) Indessen ist es offenkundig, dass man auf der Grundlage der blossen Raison d'état keinen Sozialismus aufbauen kann.»

Grzelak fuhr fort: «Personelle Wechsel allein können unser Problem nicht lösen. Es braucht eine Aenderung der Operationsprinzipien der Partei; nur dann können wir zum Sozialismus

In den siebziger Jahren sind Jahrgänge dazugekommen, die weder Krieg noch Stalin-Zeit gekannt haben; selbst die Ereignisse von 1970 sind ihnen eher Geschichte als Erfahrung. Sie haben Reformen verlangt, und die nächstfolgenden Jahrgänge werden das noch stärker tun. So schafft der demographische Prozess eine gesellschaftliche Einstellung, welche der Annahme des Sozialismus in der gegebenen Form ihre Grenzen setzt.

Wenn diese demographische Hypothese zutrifft, dann werden Reformen unvermeidlich. Repressionen, welcher Art auch immer, führen innerhalb weniger Jahre zu einer Revolte von grösserem Ausmass und grösserer Intensität.

Jede Lösung der gegenwärtigen Krise muss zwei Voraussetzungen berücksichtigen: einmal die Grenzen der Reformbewegung, die sich aus der internationalen Situation des Landes ergeben, und dann die Erwartungen, die sich jedes Jahr aus der gesellschaftlichen Einstellung der Jahrgänge ergeben, die ins aktive Leben eintreten.

(. . .)

Wenn die Partei jetzt selber politische Erneuerung wünscht, dann muss sie Führungsmethoden entwickeln, die sich nicht in Befehlsausgabe erschöpfen.

fortschreiten ohne die gehabten Krisen, Konflikte und Deviationen.»

Der Soziologe *Wladyslaw Markiewicz* bezog sich auf nicht näher erläuterte «kühne Experimente», zu denen es in einigen lokalen Parteiorganisationen gekommen sei, um die Partei den heutigen Realitäten anzupassen: «Solche Experimente verwirren wahrscheinlich einige Parteiaktivisten, aber sie können sich günstig auf den Prozess der Erneuerung innerhalb der Partei auswirken.»

Markiewicz unterstützte einen anderweitig vorgebrachten Antrag an die Kommission, wonach die Partei künftig auch die Rolle übernehmen solle, bei Konflikten zwischen staatlichen Instanzen und gesellschaftlichen Organisationen wie zum Beispiel Gewerkschaften als Vermittler und Schiedsrichter aufzutreten.

Ryszard Taraszkiwicz (Jagiellonenuniversität Krakau): «Da die Partei ihre Stärke bejaht und den Anspruch erhebt, die Nation zu führen, sollte sie keine Angst vor politischen Konfrontationen zu haben brauchen. (. . .) Wir schreiben und sprechen über gewisse Leute und Elemente, über lärmige antisozialistische Grüppchen. Sollte eine Partei mit 3 Millionen Mitgliedern denn Furcht vor irgendwelchen Elementen oder lärmigen Grüppchen hegen?»

(Fortsetzung von Seite 6)

rielle Ueberlebenshilfe vermittelt, ist das antisozialistische Aktivität? (. . .) War die Unterzeichnung von Petitionen gegen diese oder jene Massnahme der Vor-August-Behörden gegen den Sozialismus gerichtet oder nicht vielmehr gegen die Stupidität von Amtsinhabern, die sich für unfehlbar hielten? (. . .)

(Und was tue der Sejm denn heute anderes, wenn er eben jene Massnahmen zurückziehe? usw.)

Zu den gefährlichsten «Feinden des Sozialismus» gehören heute — manchmal unabsichtlich, aber es kommt nicht auf die Absicht an, sondern auf die Ergebnisse — in der Tat jene Leute im breitverstandenen Machtapparat, die sich den gegenwärtigen Aenderungen widersetzen (. . .).